

Urlaub nebenan

Stadtkinder spazieren

... zu Orten des Finanz- und Kunstraubs in Hannover



Es ist ein Projekt aus der Zivilgesellschaft: Das Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover gründete sich im Juli 2006 als Aktionsbündnis von rund 40 Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen. Absicht war und ist das Wachhalten der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die gemeinsame Abwehr von Intoleranz und Rassismus in der Gegenwart.

Das Netzwerk hat mit einem Projektpartner, dem Stadtjugendring, schon 2014 die Internetseite www.zukunft-heisst-erinnern.de geschaffen. Sie zeigt auf interaktiven Stadtplänen 50 Orte der Verfolgung während der NS-Diktatur in der Mitte Hannovers. Vom Nazi-Vorzeigeprojekt Maschsee bis zum ehemaligen Gewerkschaftshaus an der Goseriede werden Orte des Widerstands sowie des Gedenkens mit Text und Bild dargestellt und ihre historische wie heutige Bedeutung erläutert. Seit kurzem verbinden vier Stadtrundgänge diese Orte. Sie starten und enden am ZeitZentrum Zivilcourage im Rathauskontor am Friedrichswall und verstehen sich als Ergänzung zu dessen Angebot. Die Touren haben einen Umfang von bis zu zehn Orten und dauern live, je nach Aufenthaltsdauer an den einzelnen Stationen, eine bis anderthalb Stunden (nun ja, wir brauchten knapp zwei...). Das STADTKIND hat sich mit einem der drei Redakteure, Michael Pechel, auf die Tour „Finanzraub – Kunstraub“ begeben, die nachweist, wie perfide die etappenweise Isolierung, Entrechtung und schließlich Deportation und Ermordung der Ju-

den und Sinti Hand in Hand ging mit ihrer finanziellen Ausplünderung, und wie dieser Raubzug von städtischen Ämtern, Museen und der übergeordneten Finanzverwaltung durchgeführt wurde.

Der Historiker und Rentner Michael Pechel stellt sich vor dem ZeitZentrum Zivilcourage gegenüber dem Neuen Rathaus vor und erzählt, er habe sich schon seit seiner Jugend für die NS-Zeit interessiert. Er erinnert sich an die enorme Bedeutung, die er Auschwitz beigemessen habe, als er das erste mal mit den Bildern aus dem Todeslager konfrontiert wurde, an seine erste Demo gegen die NPD als Schüler '66, die ja erst '60 in Hannover gegründet worden war, an die erste Auslandsfahrt mit dem Freund '69 nach Frankreich, während derer sie untereinander nur Englisch sprachen, aus Schuldbewusstsein, um nicht als Deutsche erkannt zu werden – aus heutiger Sicht eine sonderbare Erinnerung. Der Themenkomplex hat ihn immer begleitet und so arbeitete er nach dem Studium 20 Jahre im Besucherdienst der Gedenkstätte Bergen Belsen (machte Führungen und Verwaltung, bald auch Internet- und Datenbankenpflege), arbeitete in der Gedenkstätte Ahlem an drei Ausstellungen mit (auch an der neuen Hauptausstellung von 2014). Als er einen Zettel in die Hand bekam vom Stadtjugendring, der etwas für Jugendliche zum Nationalsozialismus machen wollte, stürzte er sich gleich mit in die Planung – etwas interaktives, eine Art Schnitzeljagd durch die Stadt sollte es werden. Ganz so interaktiv, wie es sich der Stadtjugendring als Träger gewünscht hatte, ist es dann nicht geworden, dafür aber etwas Größeres: Das

Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover, dem Pechel als Gründungsmitglied seit 2006 angehört, nahm sich der Sache an. Als Historiker, so räumt er ein, wolle er in die Texte natürlich immer viel reinbringen, weswegen sie lang würden (für manche vielleicht zu lang...). Doch es ist weiterhin angedacht, das Ganze durch Audiodateien und Videos interaktiver zu gestalten. Eine Art Audiowalk wäre wünschenswert, findet unser heutiger Stadtführer, damit an den jeweiligen Stationen der Link nicht nur zu Text und Bildern leite. Dafür fehle momentan das Geld, denn was geflossen ist, waren Spendengelder von Stadtsparkasse, Gewerkschaften und der LHH, und die gingen komplett in die Programmierung (während er und die anderen Redakteure ehrenamtlich gearbeitet haben). Nun versuchen sie, mithilfe von Sponsorengeldern eine englische Übersetzung anzubieten, denn das wäre noch ein dringender Wunsch, da es in Hannover sehr an Angeboten für ausländische Besucher*innen und insbesondere für die zahlreichen Nachkommen von aus Hannover Vertriebenen oder Emigrierten aus den USA, Israel, Kanada und Australien mangle. Um das Programmier-Geld für die Umarbeitung der Texte zu den vier Touren (rund 4.000 Euro) zu besorgen, hat Herr Pechel die Stadt Hannover gefragt, und die sprang ein. Einzige Bedingung: Die Touren sollen alle am ZeitZentrum Zivilcourage beginnen und enden, das im März diesen Jahres digital eröffnet wurde und sich ja auch bestens als Startpunkt für die Erinnerungstouren eignet.





ZeitZentrum Zivilcourage

Der außerschulische Lernort der Landeshauptstadt Hannover vermittelt die Geschichte der hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus, von Verfolgung, aber auch von Widerstand, Zuschauer- und Täterschaft. Unter dem Motto „Mitmachen oder Widerstehen“ werden die Besucher*innen dazu angeregt, sich kritisch mit den Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen in der Vergangenheit auseinanderzusetzen und ein demokratisches Zusammenleben in Gegenwart und Zukunft zu reflektieren. Das ZeitZentrum Zivilcourage vermittelt die Geschichte des Nationalsozialismus am lokalen Beispiel Hannover. Inhaltlich werden sowohl die Ursprünge der faschistischen Diktatur in Hannover als auch das Wirken rechtsextremer Organisationen bis in die Gegenwart einbezogen, es verbindet die historische Darstellung mit interaktiven Vermittlungsangeboten. Durch die offene und vielschichtige Ausstellungsgestaltung und Workshop-Einheiten zu Demokratie und Zivilcourage werden die Besucher*innen dazu angeregt, sich ausgehend von ihren Fragen und Interessen die Inhalte selbst zu erschließen. Den Mittelpunkt der Ausstellung bildet der biografische Zugang. Die Biografien von insgesamt 45 Menschen in Hannover können in ihrem historischen Kontext erkundet werden. Mit dem Querschnitt der gesamten hannoverschen Stadtgesellschaft (von verfolgten Opfern, Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen bis hin zu den Mitgliedern der „Volksgemeinschaft“, Profiteuren und Täter*innen) wird die Komplexität des sozialen Geschehens eingefangen und ein multiperspektivischer und kontroverser Blick auf Geschichte und Erinnerung angeregt.

Wir stehen vor dem Schaufenster des wegen der Coronaverordnung noch geschlossenen ZeitZentrums, das im wahrsten Wortsinn zum Hineinschauen einlädt. Nach dem Konzept des Auswanderermuseums Bremerhaven, wo man auch am Anfang eine Biografie in die Hand bekommt und diese dann nachverfolgt, sind hier Fotogra-

fien von Menschen aus der NS-Zeit in Hannover samt Kurzbiografie ausgestellt. „Das ganze Tableau von Tätern, Opfern, Mitläufern“, sagt Pechel. Er kenne nicht alle und habe hieran auch nicht mitgearbeitet, kann aber offenbar trotzdem eine ganze Menge Wissen abrufen. Zum Beispiel deutet er auf Arthur Menge, den konservativen hannoverschen Oberbürgermeister seit '25, der '37 durch das NSDAP-Mitglied Henricus Haltenhoff ersetzt wurde. Menge war ein Beispiel dafür, dass man nicht in der Partei sein musste, um bis dahin die Nazipolitik ganz selbstverständlich umzusetzen. Pechel berichtet über den Damenimitator in Varietés, Friedel Schwarz, der als Homosexueller verfolgt wurde und im KZ umkam, sowie über den HJ-Führer und späteren Gauleiter Lauterbacher, Nazi der ersten Stunde, der vier Tage vor der Befreiung in den Harz floh und Millionen von Zigaretten als Tauschwährung mitnahm, nach dem Kriegsende vor einem englischen Gericht stand, aber nie verurteilt wurde. Seine Nachkriegskarriere führte ihn zum Bundesnachrichtendienst (BND) und später nach Afrika als Berater des Sultan von Oman in Jugendfragen – als früherer HJ-Führer erschien er wohl als kompetent dafür. Daneben ist Fritz Beindorff zu sehen, Inhaber der Pelikan-Werke, Freimaurer und Förderer der modernen Kunst, der bis '37 als Vorstand seine Hände über den jüdischen Direktor der Kestner Gesellschaft hielt. Doch '33 hatte er einen Appell deutscher Industrieller unterschrieben, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Umstritten ist, ob Beindorff den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen in seinem Unternehmen duldete und davon profitierte. „Das machten sie aber alle – fast jeder Bäcker, wenn man so will, – und das kam auch in vielen Haushalten vor. Hannover hatte bis zu 60.000 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, von Privathaushalten bis zu den Großen wie Hanomag, Conti u.s.w., da hat jeder zugegriffen“, schließt Pechel den Punkt beim Weitergehen ab.

Finanzraub – Kunstraub

„Alles weggebombt“, resümiert der ortskundige Historiker auf dem Weg zum Historischen

Museum und macht eine ausholende Armbewegung, die die Gegend hinter dem ehemaligen Maritim-Hotel, den Parkplatz hinter der Markthalle und das Gebiet bis zum Landtag meint. „Hier stand 100 Prozent Fachwerk, was alles weggebrannt ist im Oktober '43. Hannover hatte bis zu 1400 Fachwerkgebäude, übrig blieben wenig mehr als 30.“ Die Rundgänge führen alle zur Innenstadt und beziehen sich auf verschiedene Fragen: Wo stand bis zur Pogromnacht die Neue Synagoge? Wer hat den Ballhofplatz geschaffen? Was geschah bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses im April '33? Die meisten der Orte des Widerstands und der Verfolgung sind durch die Zerstörungen des Krieges und den Wiederaufbau vollkommen verändert. Auf den Seiten zu den digitalen Rundgängen werden daher viele historische Fotos angeboten, damit man sich das frühere Aussehen der Stadt vorstellen kann. Die Tour „Arbeiterbewegung und Widerstand“ bietet etwa Straßenansichten rund um den Ballhofplatz, der damals inmitten eines Elendsquartiers mit lichtlosen Gassen, übervölkerten Fachwerkhäusern und schlechten hygienischen Verhältnissen gelegen war.

Edelmetallabgabe beim Leihamt

Über Leinstraße, Holzmarkt und Pferdestraße erreichen wir das Hohe Ufer der Leine. Neben dem Relikt des Mittelalters, dem Beginenturm, hinter den dicken Mauern des alten welfischen Zeughauses – heute ein Teil des Historischen Museums – war bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg das städtische Leihamt untergebracht. Ein Klick auf das rot geschriebene Wort auf der Webpage öffnet den Eintrag zum Ort der Verfolgung, zu dem Michael Pechel zahlreiche historische Bilder zusammengestellt hat, auf denen das ehemalige Zeughaus sowie der Bereich und die Bewohner des umliegenden Viertels zu sehen sind. Im Frühjahr '39 waren die jüdischen Einwohner*innen Hannovers gezwungen, alle Edelmet-





tallgegenstände in ihrem Besitz hierher zu bringen: Bestecke, Münzen, Schmuck, Tafelsilber u.s.w. Die Einlieferer erhielten einen geringen Teil des Materialwertes als Entgelt. Gegenstände unterhalb des Auszahlungswertes von 300 Reichsmark konnten die Leihhäuser selber erwerben; sie wurden den lokalen Innungen der Juweliere und Goldschmiede angeboten oder öffentlich versteigert, Kunstgegenstände wanderten in Museen und zu Sammlern. Höherpreisige Gegenstände mussten bei einer Zentralstelle in Berlin abgeliefert werden.

Je näher der Krieg rückte und je desolater sich die deutsche Rohstoffversorgung darstellte, desto öfter gingen die Metallgegenstände den Schmelzanstalten zu. Schätzungen zufolge schickten die Leihämter insgesamt 135 Tonnen Silber und 1,3 Tonnen Gold in die Schmelzöfen. „Deutschland hatte seit Jahren aufgerüstet und war richtig klamm – das Deutsche Reich war pleite, als es den lange geplanten Krieg begann. Die Juden wurden also geschröpft und mussten unfreiwillig die deutsche Kriegsrüstung aufrecht erhalten“, fasst Pechel im Windschatten des Be-

ginturms stehend zusammen, während er die Seite auf seinem Tablet aufruft.

Profiteure dieser Aktion waren neben dem Staat alle Käufer, denen die günstigen Preise zugute kamen, alle Kunsthändler und Sammler, die einzigartige Wertgegenstände erwerben konnten. Und oft findet sich in den Verkaufslisten der Leihanstalt als Eintrag „Oberbürgermeister Hannover“. OB Henricus Haltenhoff kaufte mindestens 142 Teile zur Ergänzung des Ratssilbers. Die Silbergegenstände dienten nun zur Repräsentation der Stadt Hannover – und als Geschenk an NS-Größen, wie etwa ein mehrteiliges silbernes Kaffeeservice „dem Herrn Oberpräsidenten SA-Stabschef Viktor Lutze zum 50. Geburtstag in Verehrung gewidmet“.

Die Verdrängung der Juden aus der deutschen Gesellschaft nach 1933 verlief nach einem einheitlichen Schema, ist auf der Seite zu lesen: Aktionen von Erniedrigung, Zerstörung und offener Gewalt folgten Gesetzesbestimmungen und Erlasse. Diese sollten dem neu erreichten Stand der Ausgrenzung einen legalen Schein verleihen. Nach der Pogromnacht mussten die Juden

eine Zwangsabgabe in Milliardenhöhe leisten, um selbst für die entstandenen Schäden aufzukommen. „Dieser Irrsinn!“, findet Pechel, „Juden wurden die Wohnungen zerschlagen, sie wurden ermordet und ins KZ geschleppt – und dann wurden sie auch noch gezwungen, die deutschen Finanzen zu sanieren. Und nach dem Krieg wurde die Zahl der Täter kleingerechnet, das waren dann nur noch Goebbels, Göring und wenige mehr, man hat sie pathologisiert (Hitler, der ‚Teppichbeißer‘) und davon abgelenkt, dass Aktionen wie die ‚Edelmetallabgabe‘ von der Verwaltung durchgeführt wurden. Es waren in Hannover nicht mehr als 4 Prozent, hauptsächlich Sozis und Kommunisten, meist Arbeiter, nicht Angestellte und Beamte, die '33 ihren Dienst in der öffentlichen Verwaltung quittieren mussten. Der Rest des Apparats arbeitete unter den Nazis einfach weiter“.

Raubgut im Museum

Wir gehen am Hohen Ufer an der Rückseite des Leineschlusses auf der ehemaligen „Insel“ (dem Grund, warum Hannover sich genau hier an dieser Leine-Furt gebildet hat) und an den letzten Überresten der wilhelminischen Wasserkunst, die nach dem Krieg abgerissen wurde, vorbei über den Friedrichswall zurück zum Museum August Kestner am Trammplatz. Auch dieses älteste Museum der Stadt war Profiteur von „Judengut“. Sein Leiter Dr. Ferdinand Stuttmann sicherte manches gute Stück aus der Hinterlassenschaft Deportierter für die Bestände seines Hauses. Stuttmann, als Leiter der Landesgalerie und der Kunstgewerbesammlung im Leibnizhaus im Jahr '38 mächtigster Mann im Museumbereich Hannovers, war Mitglied der progressiven Kestner Gesellschaft und ursprünglich kein Nazi, trat aber opportunistisch '33 der Partei bei und wurde Profiteur von Raubgut im großen Stil, teilt Pechel auf der entsprechenden Seite mit. 1938 war Stuttmann als Direktor des Kestner-Museums eingesetzt worden; dessen bisheriger Leiter, Carl Küthmann, war mit





einer Jüdin verheiratet und deswegen untragbar.

Alle etwa 1600 noch in Hannover lebenden Jüdinnen und Juden wurden am 3. September 1941 durch die Polizei informiert, bis zum Abend des nächsten Tages ihre Wohnung zu räumen. Sie wurden gemeinsam in 15 „Judenhäusern“ im Stadtgebiet untergebracht – Vorbereitung der bevorstehenden Deportation aus Deutschland. Das zurückgelassene Eigentum wurde von der Geheimen Staatspolizei Gestapo gesichert. Private Versteigerer schätzten im Auftrag der Stadtverwaltung den Wert der Einrichtungsgegenstände schon in der verlassenen Wohnung, dann wurden diese in städtische Lager gebracht. Um Kunstgegenstände von öffentlichem Interesse zu schützen, wurden sie von einer Kommission gesichtet und bei Gefallen aussortiert. Der Kommission gehörte u.a. der Leiter des Kestner-Museums an. Herr Pechel erläutert am Beispiel eines Schrankes der Jüdin Klara Berliner, wie gezielt Stuttmann vorgeht: „Ich war dem Schrank schon lange auf der Spur und habe es jetzt endlich regeln können. Wir als Stadt zahlen 1500 Reichsmark, einen guten Preis“, zitiert er aus einem Brief Stuttmanns an den Kämmerer der Stadt Hannover, und fügt hinzu: „Dass das Konto Klara Berliners längst gesperrt war und mit Überschreiten der deutschen Grenze das Vermögen der Deportierten automatisch an das Deutsche Reich fiel, wird ihm klar gewesen sein.“

Gesetzlicher Raub

Am Neuen Rathaus vorbei führt vom Maschpark ein kurzer Weg mit einer Fußgängerbrücke über die Leine zum Altbau des Finanzamtes in der Hardenbergstraße. Nach der Befreiung vom Hitler-Regime wurden wenige Täter aus den Spitzen der Partei, Gestapo, SS, Wirtschaft und Justiz bestraft, aber die Verdrängung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung hatte viele Helfer in Ämtern und Verwaltungen: Schreibtischtäter. Terror und Bürokratie gingen Hand in Hand, Zoll- und Devisenbestimmungen der Finanzverwaltungen sorgten dafür, dass Flüchtlinge aus dem national-

sozialistischen Deutschland zunehmend nur noch die bloße Haut retten konnten. Neben offenem Terror bewirkte eine Flut von diskriminierenden Gesetzen und Verordnungen, dass die Hälfte der rund 550.000 (1933) deutschen Jüdinnen und Juden in das Ausland emigrierte. Fluchtwellen folgten den Spitzen der antijüdischen Maßnahmen wie der Pogromnacht des November '38. Nach der Deportation der Juden und Sinti aus Deutschland verwerteten die Finanzämter deren unfreiwillig zurückgelassenes Eigentum und Vermögen zugunsten der Reichskasse. Aufrüstung und Krieg mussten schließlich finanziert werden. Herr Pechel beschreibt das Vorgehen des Oberfinanzpräsidiums, während wir vor dem Bau stehen: „'33 waren Devisengesetze gültig, nach denen Flüchtlinge und Emigranten mindestens 25 Prozent ihres Besitzes zurücklassen mussten. Dieser Anteil erhöhte sich schrittweise bis auf 96 Prozent, also konnte sich ein Emigrant oder eine Emigrantin schließlich nur noch 4 Prozent vom deutschen Sperrkonto in die neue Heimat überweisen lassen. Um im Ausland überhaupt aufgenommen werden zu können, brauchte man aber einen Bürgen, der im Notfall sämtliche Lebenserhaltungskosten übernahm – und wer hatte schon Verwandte im Ausland, und dann noch welche, die so wohlhabend waren, dass sie einen komplett finanzieren konnten? Die Emigranten durften auch immer weniger mitnehmen an Gepäck, teilweise wurde ihnen selbst die Menge der Unterwäsche diktiert. Neu gekaufte Gegenstände durften nur dann mitgenommen werden, wenn man ihren Wert nochmals voll bezahlte. Ab '36 wurden alle Guthaben von „Fluchtverdächtigen“ mit einem Sperrvermerk versehen – obwohl die Emigration insbesondere von Jüdinnen und Juden erwünscht war. Ein offener Widerspruch.“

Nach Kriegsbeginn wurde das Überschreiten der deutschen Grenzen dann fast unmöglich. Im Oktober '41 wurde die Emigration endgültig verboten und es begann die Deportation – der Vernichtung der sozialen und wirtschaftlichen Existenz folgte nun der physische Tod in den Ghettos

und Vernichtungslagern im besetzten Osteuropa. Das Vermögen der „Ausgewanderten“ wurde von den Finanzämtern eingezogen. Herr Pechel wird deutlich: „Die jüdischen Hannoveraner waren bereits in Judenhäuser gepfercht worden und ihr Eigentum von der Gestapo in ihren Wohnungen sichergestellt und in große städtische Lagerhallen geschafft worden. Bei der ‚Aktion Lauterbacher‘ (benannt nach dem zuständigen Gauleiter Hartmann Lauterbacher) wurde dieses Inventar auktioniert und der gesamte Erlös hätte eigentlich an das Oberfinanzpräsidium gehen müssen. Die Stadtverwaltung hat dann aber so viele Kosten für die Räumung, Transporte, Lagerung etc. aufgestellt, dass am Ende nur noch ein Betrag von etwa 500 Reichsmark übrigblieb, der an die Reichskasse abgeführt wurde. Nochmal: Eine Verwaltung kann nur arbeiten auf Grundlage von Gesetzen oder Verordnungen. Die wurden in Berlin geschaffen, und so fühlten sich die Ausführenden bei all dem ganz unschuldig, und nach dem Krieg ist ja auch kein einziger Finanzbeamter vor Gericht gekommen. Es gibt ein treffendes Wort für diese Genauigkeit, diesen deutschen Bürokratiewahn, bei dem die Stadt, die Finanzverwaltung, die Gestapo und die Gauleitung zusammengearbeitet haben: Der jüdische Historiker und Überlebende des Holocaust H.G. Adler spricht von ‚Präzisionsirrsinn‘. Bis ins Kleinste wurde das juristisch gerechtfertigt, ich habe Akten dazu eingesehen – das ging bis zur Streichholzschachtel und zur Glühbirne. Es ist unfassbar, dieses ‚legale Unrecht‘, das unter dem Deckmantel des Rechts umgesetzt wurde.“

Nazikunst und „entartete Kunst“ am Maschsee

Längs der Leine über den Hannah-Arendt-Weg und die Bella-Vista-Brücke schlendern wir zum Nordufer des Maschsees, über dessen Entstehungsgeschichte eine separate Seite informiert. Hier am Erfolgsprojekt der Nazis, der großen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die laut Pechel nicht nur Erbsensuppe auf den Tisch gebracht, sondern auch einen unglaublichen Aufbruchgeist und ein lange entbehrtes Einigkeitsgefühl und deshalb eine große Zustimmung für die örtliche NSDAP verursacht hat, erwartet uns ein Kontrastprogramm: Neben dem hellroten „Hellebardier“ Alexander Calders, also moderner Kunst, der vom Pelikan-Besitzer Fritz Beindorff gestiftete und umstrittene Fackelträger (ob er Olympier ist oder den Hitlergruß zeigt, darüber streiten sich die Kunsthistoriker bis heute). An der Seepromenade sind zeittypische Skulpturen der 30er-Jahre zu besichtigen, zu denen es zwei Informationstafeln gegenüber dem Sprengel-Museum am Wegesrand gibt, an denen Pechel erläutert: „Am See steht ein Kuddelmuddel aus Nazikitsch und Nazipathos wie der Fischreiter von Hermann Scheuernstuhl oder das Löwenpaar vom Haus- und Hofkünstler Hitlers, Arno Breker. Nur das, was uns heute als Nazikunst erscheint, das sehr heroisch anmutende ‚Menschenpaar‘, wurde von Georg Kolbe geschaffen, der weiß Gott kein Nazi war – außerdem hat ihm dafür ein jüdisches Geschwisterpaar Modell gestanden.“

Das nahe Sprengel-Museum bietet die Rekonstruktion des „Kabinetts der Abstrakten“, das der russische Künstler El Lissitzky im Landesmuseum eingerichtet hatte, um abstrakter Kunst den passenden Rahmen zu geben. Hier sind auch hochkarätige Kunstwerke ehemals als „entartet“ verfeindeter Künstler der Moderne wie Max Beckmann oder Otto Dix zu sehen. Das Archiv beherbergt als Leihgabe der Kurt-und-Ernst-Schwitters-Stiftung darüber hinaus den Nachlass des Merzkünstlers, der '37 nach Norwegen emigrierte, darunter Korrespondenz, Notiz- und Adresshefte, Fotografien sowie rund 600 Autografen seiner literarischen Texte, und betreut ebenso die 1124 bildnerischen Werke von Schwitters, die den weltweit umfangreichsten Sammlungsbestand darstellen, sowie das Fotoarchiv des Sohnes Ernst Schwitters. 1949 kaufte die Stadt Hannover für die Städtische Galerie im Landesmuseum 114 Werke des Impressionismus und der klassischen Moderne von dem Berliner Bauunternehmer und Kunsthändler Conrad Doebbecke, um die Verluste der NS-Zeit auszugleichen. Soweit sie dem 20. Jahrhundert entstammen, kamen sie '79 in den Bestand des Sprengel-Museums. Mit der Herkunft dieser Exponate hat sich das Haus mit der Ausstellung „Verfemt – gehandelt. Die Sammlung Doebbecke im Zwielficht“ befasst. Wie Doebbecke selbst in den Besitz der Bilder gekommen war, interessierte damals nicht wirklich, denn die Ausstellungsräume für moderne Kunst waren leer, seitdem das NS-Regime alles „Entartete“ beschlagnahmt hatte. Dabei hätte schon ein kurzer Blick auf Doebbeckes Biografie aufhorchen lassen müssen: NSDAP-Mitglied seit '31, deponierte er, als sich 1944 die Niederlage für Deutschland abzeichnete, 300 Stücke erst in verschiedenen Banken, dann in mehreren Museen. '49 begann er seine Sammlung dann zu Geld zu machen – Verhandlungspartner in Hannover war Ferdinand Stuttmann.

Restitution von Raubkunst

Nur wenige Hundert Meter sind es vom Maschsee zum Niedersächsischen Landesmuseum Hannover, dem ehemaligen Provinzialmuseum. Noch während der 20er-Jahre hatte es sich in seiner Ankaufspolitik der Moderne geöffnet: Die Installation des „Kabinetts der Abstrakten“ stellte expressionistische und gegenstandslose Werke von Mondrian, Picasso, Schwitters, Moholy-Nagy und anderen in einen weltweit einmaligen Ausstellungsrahmen, den der Leiter der Kunstabteilung im Landesmuseum, Alexander Dorner, zwischen Herbst 1926 und Februar 1928 gemeinsam mit dem Künstler El Lissitzky einrichtete. Dorner wurde im Februar 1937 vom Dienst suspendiert und emigrierte in die USA, sein Nachfolger wurde – Ferdinand Stuttmann. Pechel präzisiert: „1937 begann der große Aderlass, das verhasste Kabinetts der Abstrakten wurde herausgerissen und insgesamt hat Hannover um die 300 Kunstwerke der Moderne verloren – sie wurden ins Ausland verkauft, auktioniert gegen Devisen. Man kann Stuttmann nicht direkt nachweisen, dass er beteiligt war, er war im

August im Urlaub, als hier sehr viele Kunstwerke verschwanden. Aber nach dem Krieg, als er hier Leiter wurde, hat er aus sehr dubiosen Quellen, von einem gewissen Conrad Doebbecke, zahlreiche Werke angekauft, die ganz klar aus jüdischem Raubgut stammten. Er ist auch gewarnt worden von Doebbecke mit den Worten ‚Lassen Sie die Sachen lieber in der Kiste, sonst könnte ein Herr Silberstein auftauchen...‘ – ein offensichtlich auf jüdische Vorbesitzer anspielender Name. Dr. Ferdinand Stuttmann, der als Gutachter für die Reichskammer der Bildenden Künste unter Vorsitz von Propagandaminister Joseph Goebbels tätig gewesen war, hat eine ungebrochene Karriere hingelegt, war von 1938-45 Leiter der Kunstsammlung des Landesmuseums und ist nach dem Krieg aufgestiegen, ist 1952 bis 1962 Direktor des Niedersächsischen Landesmuseums gewesen.“ Auch wenn noch vieles im Dunkeln liegt, was die Herkunft der Sammlung Doebbecke und anderer Raubkunst angeht: Es ist klar, dass Profit aus der Not von Menschen geschlagen wurde, die Eigentum verkaufen mussten, um aus Deutschland fliehen zu können. Das Gemälde von Lovis Corinth „Römische Campagna“ von 1914 wurde beispielsweise im Jahre 2007 an die Erben des ehemaligen Besitzers zurückgegeben – eines jüdischen Arztes und Kunsthistorikers, der nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst im Mai 1933 seinen Kunstbesitz verkauft hatte und emigriert war. Solche Notverkäufe werden heute als „verfolgungsbedingter Entzug“ eingestuft, der zu Rückgabe oder Entschädigung im Sinne einer „fairen und gerechten Lösung“ gemäß den Washingtoner Grundsätzen von 1998 zum Umgang mit Raubkunst verpflichtet.

„Apropos Restitution“, ergänzt Herr Pechel auf dem Weg durch Hannovers Südstadt in Richtung Hildesheimer Straße: „nochmal zum Rokokostrank aus dem Besitz Klara Berliners, deren rechtmäßige Erbin die Wissenschaftlerin Cora Berliner war, die auch deportiert und bei Minsk umgebracht wurde. Deren Erben sind in die USA ausgewandert und haben auch teilweise Eigentum

zurückbekommen, zum Beispiel die große Villa von Joseph Berliner, Mitbegründer der Deutschen Grammophon Gesellschaft. Für die Einrichtung haben sie Pauschalen bekommen, aber gerade der besagte Strank ist immer unter Wert gehandelt worden; der ist als bloßer Wäscheschrank in die Summe eingerechnet worden. Erst vor ein paar Jahren ist er jetzt mit seinem realen Wert den Erben angeboten worden, die haben aber verzichtet und gesagt, sie wollen nur, dass seine Geschichte gut dokumentiert und veröffentlicht wird.“ (Die Ausstellung „Spuren der NS-Verfolgung. Über Herkunft und Verbleib von Kulturgütern in den Sammlungen der Stadt Hannover“ thematisierte zwischen Dezember 2018 und September 2019 erstmals ausführlich die NS-Verfolgungsgeschichte Klara Berliners und zeigte die laufenden Bemühungen der Provenienzforschung der Landeshauptstadt Hannover.)

Raubgut in der Stadtbibliothek

Von der Maschstraße kommend folgen wir einem langgestreckten Gebäudekomplex mit den Werkstätten der städtischen Bühnen bis zum Haupteingang der Stadtbibliothek. Das imposante Bibliothekshochhaus ist ein schönes Beispiel für Hannovers „Backsteinmoderne“, wie auf der Website zu lesen ist: Der Gebäudekomplex – Stadtbibliothek, Werkstatt der städtischen Bühnen und Wohngebäude an der Maschstraße – wurde nach Plänen von Stadtbaurat Karl Elkart und Architekt Hans Bettex 1929 bis 1931 als spätes Beispiel des „Backstein-Expressionismus“ gebaut (wenige Jahre später leiteten beide die NS-Altstadtsanierung um den Ballhof). Der zehnstöckige Bibliotheksturm mit Front zur Hildesheimer Straße war das erste Bibliothekshochhaus in Europa. Das Gebäude wurde im Oktober 1943 schwer durch Bomben getroffen, große Teile der Buchbestände verbrannten. Da beim selben Angriff die nahe Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Hannover ausbrannte, zog diese nach einem Zwischenaufenthalt in der List in das





Bibliotheksgebäude. Von hier führte sie die letzte Deportation jüdischer Frauen und Männer noch im Februar 1945 durch.

Auch die Stadtbibliothek profitierte von der Raubung von Verfolgten wie Kommunisten, Freimaurern und besonders Jüdinnen und Juden vor und nach ihrer Deportation – in der Sprache der Finanzverwaltung „Verwertung von Judengut“, wie im Falle des Unternehmer- und Sammlerehepaars Gustav und Elsbeth Rüdenberg. Nach dessen Deportation im Dezember 1941 in das Ghetto Riga bot der Oberfinanzpräsident die hochwertige Büchersammlung des Ehepaars samt Regalen der Bibliothek zum Ankauf an. Die Kunstsammlung der beiden war bereits „zur Verwertung“ im Kestner-Museum eingelagert. Nur ein gutes Drittel der ursprünglich 426 von der Stadtbibliothek angekauften Bücher überstand den Krieg. Das Ehepaar Rüdenberg starb unter ungeklärten Umständen im Holocaust und wurden nach 1945 für tot erklärt. Als seine Erben die Rückgabe (Restitution) beantragten, begann unter Einsatz des

städtischen Rechtsamts ein längeres Tauziehen um die Bücher, die „als antiquarische Käufe günstig waren“, so wird Bibliotheksdirektor Friedrich Busch (StB-Direktor 1927 bis 1956) anscheinend ohne Unrechtsbewusstsein zitiert. Als die Erben auf Rückgabe der Bücher als den letzten materiellen Spuren ihrer ermordeten Familienangehörigen beharrten, wurde ihnen die Restsammlung im Jahre 1950 endlich ausgehändigt.

Rund 1500 Bücher und (politische) Broschüren gelangten im Jahre 1985 aus der Stadtbibliothek in das Stadtarchiv Hannover. Unter ihnen ein Referentenführer als „Anleitung für sozialistische Redner“ aus dem Besitz von Franz Nause, einem zur Haft verurteilten Mitglied der Hannoverschen Widerstandsgruppe „Sozialistische Front“. Nause hatte als technischer Leiter der Sozialistischen Front illegale Zeitungen mit seiner Verlobten gedruckt, die ihn überlebte – er verstarb 1943 im Zuchthaus Brandenburg.

Große Teile der Bestände werden seit Kurzem

auf Raubgut untersucht – einzelne Bücher und ganze Bibliotheken, die rassistisch, weltanschaulich oder politisch Verfolgten im Nationalsozialismus genommen worden waren. Dazu werden Bücher einzeln auf Spuren ihrer Vorbesitzer wie handschriftliche Einträge, Stempel, Exlibris o.ä. untersucht. Bei einem positiven Befund schließen sich weitere Fragen an: Gibt es Hinweise zur NS-Verfolgung dieser Person, wie gelangte dieses Buch in die Bestände der Stadtbibliothek, sind rechtmäßige Erben zu ermitteln? „Es sind alle in den letzten Jahren ziemlich aktiv geworden, was die Aufarbeitung der Bestände angeht. Die Leibniz-Bibliothek hat Raubgut, im Stadtarchiv lagert auch welches... – das war ein paar Jahrzehnte überhaupt kein Problem. Seitdem die gesamte Kolonialkunst aus Belgien, Frankreich, Deutschland u.s.w. als Raubkunst thematisiert wird, hat da ein Umdenken stattgefunden. Aber man muss sagen: Viele Ansprüche hatten sich ja auch inzwischen auf die biologische Art und Weise erledigt, weil die Menschen gestorben sind. Doch nun ist man endlich aktiv dabei, die rechtmäßigen Erben ausfindig zu machen“, schließt unser Tourbegleiter irgendwo zwischen bitterer Realität und hoffnungsvollem Ausblick seine Ausführungen zum Rundgang ab.

Vielen Dank an Herrn Pechel und den Verein Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover für diese erhellende, aber auch erschreckende Tour in die Abgründe der Kunst-, Finanz- und Verwaltungswelt Hannovers während der NS-Zeit!

Mehr Infos und alle Rundgänge zu Orten der Verfolgung und des Widerstands 1933–45 in Hannover gibt es unter www.zukunft-heisst-erinnern.de.

- **Text und Fotos: Anke Wittkopp**
Textquelle und Tour:
Michael Pechel / Netzwerk
Erinnerung und Zukunft e.V.

3MAL BÜROKOMPETENZ

OFFICE **360**

IT-DIENSTE **360**

BACKOFFICE **360**

Gustav-Adolf-Str. 30 | 30167 Hannover | Tel. 0511 1247 0

www.office360.de